

3. — Le recourant n'exploite aucun commerce à Morat et n'y gagne dès lors aucun revenu commercial. En revanche il travaille les jours ouvrables, durant quelques heures de la matinée et de l'après-midi à Morat, et il perçoit de ce chef un salaire de 725 francs. Son domicile civil et politique est à Münchenwyler, localité bernoise à peu de distance de Morat; il y a également son ménage et sa famille. Fawer rentre à son domicile à midi et le soir; il y passe les dimanches et jours de fêtes, et il y exerce aussi les fonctions de secrétaire de la commune.

4. — Dans cette situation c'est le canton de Berne qui a incontestablement le droit préférable de frapper de l'impôt le revenu du recourant. Ainsi que le Tribunal fédéral l'a reconnu entre autres dans l'arrêt Krüsi (*Rec. off.* XXIII, n° 186) c'est, dans la règle, le domicile du contribuable qui est décisif en matière de conflits intercantonaux touchant l'astriiction à l'impôt sur le revenu, et cette règle ne souffre d'exception que pour ce qui concerne le revenu de l'exploitation d'un établissement commercial ou industriel autonome, situé sur le territoire d'un autre canton. Or, ainsi qu'il a été dit, on ne se trouve pas, dans l'espèce, en présence d'une semblable exception. (Voir en outre arrêts du Tribunal fédéral dans les causes Froidevaux, *Rec. off.* XX, p. 3 consid. 2; Gretener, *ibidem*, XXI, p. 332.) L'arrêt Hurlault (*ibidem*, V, p. 417 et suiv.), invoqué par l'Etat de Fribourg, n'est point en contradiction avec ce qui précède, attendu que les circonstances de ce cas étaient fort différentes de celles de l'espèce actuelle. Si, dans le cas Hurlault, le Tribunal de céans a reconnu le droit du canton de Berne de soumettre à l'impôt le traitement de ce professeur, bien que ce dernier eût son ménage à Barberêche, canton de Fribourg, c'est par la considération principale que le dit Hurlault était un fonctionnaire de l'Etat de Berne, tenu, de par ses fonctions mêmes et de par la loi, à avoir également un domicile à Berne, tandis que Fawer ne se trouve absolument pas dans les mêmes conditions, et ne saurait être astreint à une semblable exigence.

Par ces motifs,

Le Tribunal fédéral
prononce :

Le recours est admis, et la décision de la Direction des finances du canton de Fribourg, du 25 janvier 1899, soumettant le revenu du recourant Fawer à l'impôt dans le dit canton, est déclarée nulle et de nul effet.

35. Urteil vom 21. Juni 1899 in Sachen
Internationale Schlafwagengesellschaft gegen Wallis.

Erwerbssteuer, erhoben von der Internat. Schlafwagengesellschaft im Kanton Wallis, wo sie kein Domizil hat. Unzulässigkeit.

A. Durch Eingabe vom 20. April 1898 hatte die Internationale Schlafwagengesellschaft mit Hauptsitz in Brüssel und Filiale in Basel beim Bundesgericht sich gegen den Staatsrat des Kantons Wallis wegen Doppelbesteuerung beschwert, weil dieser von ihr für die Circulation der Speisewagen auf der Walliser Linie von St. Moritz bis Brig pro 1896 und 1897 eine Steuer von je 200 Fr. erheben wolle.

Durch Urteil vom 22. September 1898 wies das Bundesgericht diesen Rekurs mit der Begründung ab, daß Rekurrentin erst seit dem 5. Oktober 1897, d. h. seit der Eintragung einer Zweigniederlassung im Handelsregister von Baselstadt, der Steuerhoheit dieses Kantons unterworfen sei; daß auch von letzterem Kantone die Steuer nur vom Jahre 1898 an beansprucht werde; daß also bezüglich der den Gegenstand des Rekurses bildenden Steuerbeträge der Jahre 1896 und 1897 eine bundesrechtlich unzulässige Doppelbesteuerung nicht vorhanden sei.

B. Der Staatsrat des Kantons Wallis forderte seitdem durch Einzugsmandat vom 6. März 1899 die genannte Gesellschaft zur Zahlung der nämlichen Steuer für das Jahr 1898 auf, woraufhin die Gesellschaft mit Eingabe vom 5. Mai 1899 neuerdings an das Bundesgericht rekurierte mit dem Gesuch: Es sei fest-

zustellen, daß der Kanton Wallis ihr gegenüber nicht steuerberechtigt und daß speziell die geforderte Steuer pro 1898 unzulässig sei.

Rekurrentin weist zur Begründung auf das obgenannte frühere Urteil des Bundesgerichtes vom 22. September 1898 und auf ein ferneres am 22. Dezember 1898 ebenfalls in eigener Sache gegen den Kanton Uri ergangenes Urteil (Bundesgerichtl. Entsch. 1898, I. Teil, Nr. 121). Sie macht sodann im wesentlichen geltend, daß sie im Kanton Wallis keine Vertretung und keine ständigen unter besonderer Leitung stehenden Einrichtungen und Anstalten besitze, vermitteltst deren ein Teil des Erwerbes erzielt würde. Die ganze technische und kaufmännische Leitung erfolge von Basel aus.

C. In seiner Vernehmlassung trägt der Staatsrat des Kantons Wallis auf Abweisung des Rekurses an, indem er ausführt:

Es handle sich um die Gewerbesteuer, d. h. um eine der indirekten Steuern im Sinne von Art. 18 ff. des Finanzgesetzes vom 28. Mai 1874. Der Gewerbesteuer seien in Gemäßheit der vom Gesetze aufgestellten Skala und Klasseneinteilung jede im Lande betriebene Art von Handwerk, Beruf, Gewerbe und Handel unterworfen. Auf den Wohnsitz der ausübenden Person komme es nicht an; außer Kantons domizillierte Personen hätten sich nach Art. 22 des Gesetzes auf dem Finanzdepartement eintragen zu lassen und müßten die Taxe d. h. die Gewerbesteuer für Ausübung ihres Gewerbes ebenfalls bezahlen.

Ohne Zweifel übe nun die Rekurrentin im Kanton Wallis ein Gewerbe aus, indem sie während der Zeit vom 1. Juni bis 1. Oktober jedes Jahr daselbst ein komfortables Restaurant ersten Ranges betreibe. Daß dasselbe der Ortsveränderung fähig sei, ändere nichts, sondern vermehre gegenteils seine Ertragsfähigkeit.

Doppelbesteuerung liege nicht vor. Denn der Kanton Wallis besteuere Rekurrentin nicht für ihr auswärtiges Vermögen und ihre auswärtigen Geschäfte; sondern er verlange von ihr bloß die Taxe für die auf seinem Gebiete speziell erfolgende Berufsausübung.

Wenn Rekurrentin Recht erhielte, so würde damit im Steuerrecht des Kantons Wallis große Verwirrung angerichtet, da dann jeder anderwärts in der Schweiz Niedergelassene unter dem Vor-

wand, er zahle an seinem Wohnsitze schon Steuern, im Kanton Wallis steuerfrei einen Beruf ausüben könnte.

Endlich sei zu erwähnen, daß seit der Einführung der Restaurationswagen im Kanton die Bahnhofrestaurants bedeutend gelitten hätten, was die Regierung zu einer Reduktion ihrer Steuern genötigt habe. Andererseits erziele Rekurrentin unerhörte Gewinne. Ihre Steuerbefreiung würde den kantonalen Steuerpflichtigen gegenüber eine große Unbilligkeit bedeuten.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1.

2. Die der Rekurrentin im Kanton Wallis auferlegte „Gewerbesteuer“ qualifiziert sich ihrer rechtlichen Natur nach nicht etwa als eine Gebühr für die Bewilligung zum Gewerbebetrieb im Kanton (wie etwa ein Hausier- oder Marktpatent u. dergl.), d. h. als eine Abgabe, die von Inhabern bestimmter Gewerbebetriebe wegen der besondern Inanspruchnahme der öffentlichen Polizei bezogen wird. Sie ist vielmehr eine eigentliche den Erwerb der Rekurrentin als solchen treffende Steuer, ein auf Grund deren Erwerbes auf sie verlegter direkter Beitrag an die Kosten des Staatshaushaltes (vergl. über diesen Gegensatz Entscheidungen des Bundesgerichtes, Bd. X, Nr. 3 Erw. 1, i. S. Rupprecht & Cie. gegen Zug, und Bd. XXIV, I. Teil, Nr. 83 Erw. 8, i. S. Dampfschiffgesellschaft des Vierwaldstättersees gegen Luzern und Konf.). Es ergibt sich dies deutlich aus dem Art. 19 des Finanzgesetzes vom 28. Mai 1874, auf welchen der Kanton Wallis ausschließlich seinen Steueranspruch gründet; denn die darin normierte Gewerbesteuer verfolgt offenbar den Zweck, sämtliche Gewerbetreibenden und zwar jeden einzelnen nach der präsumtiven Ertragsfähigkeit seines Gewerbes zur Steuer heranzuziehen. Einerseits weist dieser Art. 19 eine eingehende, offenbar auf möglichste Vollzähligkeit abzielende Klassifikation auf, welche nicht nur das Gewerbe im eigentlichen Sinne, sondern die verschiedenartigsten andern Berufe, darunter auch die sog. liberalen, umfaßt, und wobei nach Art. 20 die nicht ausdrücklich angeführten Arten der gesetzlichen Skala analog zu taxieren sind; andererseits aber läßt er jeden einzelnen Beruf selbst wieder in eine größere Zahl von Steuerklassen zerfallen. Wenn auch hiebei eine genaue Ermittlung des faktischen Berufseinkommens der einzelnen Steuer-

pflichtigen nicht stattfindet, sondern bloß eine Einschätzung unter ein approximatives Schema, so kann dies für die Natur der fraglichen Steuer als einer persönlichen Erwerbsteuer nicht in Betracht kommen; dies um so weniger, als der Art. 19 cit. das „Gewerbskapital und den Ertrag“ der betreffenden Berufe sogar ausdrücklich als Objekte der Steuer bezeichnet.

3. Nun ist im weitern nach den Akten erstellt und übrigens unter den Parteien offenbar nicht streitig, daß Rekurrentin in Basel für das Gebiet der Schweiz eine Geschäftsniederlassung besitzt, während vom Kanton Wallis aus in keiner Weise eine selbständige Leitung ihres Geschäftsbetriebes, auch nur soweit sich derselbe in diesem Kantone abspielt, stattfindet. Hinsichtlich ihres Sitzes in Basel oder ist Rekurrentin, wie das Bundesgericht bereits anlässlich ihres Rekurses gegen den Kanton Uri (Bundesgerichtl. Entsch., Bd. XXIV, I. Teil, Nr. 121) erkannte, einer schweizerischen Gesellschaft mit Sitz in Basel gleichzustellen. Sie kann daher, entsprechend der ständigen bundesgerichtlichen Praxis (vergl. z. B. genannte Urteile Rekurrentin gegen Uri und Dampfschiffahrtsgesellschaft gegen Luzern) für den Erwerb, der ihr aus ihrer Geschäftstätigkeit in einem andern Kantone zufließt, nicht in diesem Kantone, sondern nur in ihrem Domizile Basel zur Steuer herangezogen werden. Gegen diesen aus dem bundesrechtlichen Verbot der Doppelbesteuerung herrührenden Satz ist natürlich die Berufung auf den Wortlaut eines kantonalen Gesetzes, das die Besteuerung des Erwerbes auswärtiger Wohnender zuläßt, nicht statthaft (vergl. erwähntes Urteil i. S. Dampfschiffahrtsgesellschaft Erw. 3). Da sich aber, wie ausgeführt, die in Frage stehende Steuer als Erwerbsteuer qualifiziert, muß also der Rekurs gutgeheißen werden, womit selbstverständlich die Möglichkeit der Erhebung einer Patenttaxe von der Rekurrentin unpräjudiziert bleibt.

Demnach hat das Bundesgericht
erkannt:

Der Rekurs wird begründet und damit die Besteuerung der Rekurrentin auf Grund von Art. 19 des Gesetzes des Kantons Wallis vom 28. Mai 1874 als unstatthaft erklärt.

III. Niederlassung und Aufenthalt.

Etablissement et séjour.

36. Arrêt du 31 mai 1899
dans la cause Busset contre Genève.

Refus d'établissement, Art. 45, al. 2, C. f. Alinéa 3, eod.

A. — Le recourant est venu s'établir à Genève au mois de septembre 1898. Le Département cantonal de justice et police ayant appris qu'il avait été condamné dans le canton de Vaud pour vol et recel décida, par arrêté du 6 décembre 1898, de ne pas lui accorder l'autorisation de séjourner dans le canton de Genève. Ensuite de recours de Busset, le Conseil d'Etat de Genève confirma cette décision par arrêté du 24 janvier 1899. Busset s'adressa alors, par requête des 2 et 3 mars 1899, au Conseil fédéral pour obtenir que l'arrêté d'expulsion pris contre lui fût annulé. Il reconnaissait avoir été condamné dans le canton de Vaud, mais déclarait n'être pas privé de ses droits civiques et être astreint au service militaire. Il avait, disait-il, du travail assuré à Genève et pouvait y entretenir sa famille. Plutôt que de voir celle-ci végéter ailleurs, il préférerait l'abandonner et se faire naturaliser Français.

Cette double requête fut transmise au Tribunal fédéral.

B. — Appelé à se prononcer au sujet de la demande en annulation de son arrêté du 24 janvier, le Conseil d'Etat de Genève répondit exposant ce qui suit :

Busset a été condamné :

1° Le 6 décembre 1892 par le Tribunal de Lavaux à 4 mois de réclusion et 1 an de privation des droits civiques pour vol ;

2° le 26 septembre 1893 par le Tribunal de Lausanne à 20 jours de réclusion, 18 francs d'amende et 1 an de privation des droits civiques pour recel et maraudage ;